

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922

11.11.1922 (No. 264)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Str. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkontokonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. A. M. e. n. d.
Karlsruhe.

Bezugspreise: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für November 216 M. — Einzelnummer 10 M. — Anzeigengebühren: 10 M. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassentabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Baden und die Deutsche Gewerbeschau München.

Der am 10. Oktober d. J. erfolgte Schluß der Deutschen Gewerbeschau München 1922 gab der badischen Staatsregierung Anlaß, für die hervorragende Beteiligung Badens an diesem mit Erfolg durchgeführten Unternehmen ihren warmen Dank auszusprechen. In dem Dankschreiben ist zum Ausdruck gebracht, daß badische Künstler, Kunsthandwerker und Industrielle auf der Ausstellung ausgezeichnete Leistungen in eindrucksvoller Aufmachung gezeigt und damit aufs Beste zum Gelingen der Ausstellung beigetragen haben. Die badische Staatsregierung hat das badische Staatsministerium gebeten, allen beteiligten Beamten und Behörden ihre Anerkennung und ihren Dank für die erfolgreiche Mitarbeit zum Ausdruck zu bringen.

Badische Schatzanweisungen.

Die badische Staatsverwaltung gibt wieder Schatzanweisungen über 100 000 M., 200 000 M. und 500 000 M. aus, die durch Vermittlung der Badischen Bank in Karlsruhe bezogen werden können.

Generalkonsulat des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen.

Den zum Generalkonsul des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen in Berlin ernannten Herrn Slava Namandovic, zu dessen Amtsbezirk auch Baden gehört, ist namens des Reichs das Exequatur erteilt worden. Demzufolge wird er hiermit zur Ausübung konsularischer Funktionen in Baden zugelassen.

* Politik der Pfänder.

Es ist vielleicht nicht nur Zufall, daß Kemal Pascha seine Forderungen mit demselben Argument zu stützen versucht, welches auch Frankreich immer wieder seiner eigenen Politik in der Reparationsfrage zugrunde legt. Genau so wie Frankreich erklärt, die Rheinlande als Pfandobjekt für die noch ausstehenden Reparationszahlungen beiseite zu lassen, genau so hat Kemal Pascha verkündet, daß er schon jetzt Konstantinopel völlig in seinen Besitz bringen wolle, um es als Pfand bei den zu erwartenden Friedensverhandlungen in Loujanne fest in der Hand zu halten.

Beinahe an dem gleichen Tage, an welchem Loucheur in der französischen Kammer in Anlehnung an die Pfandtheorie ein „neutrales“ Rheinland unter der Ägide des Völkerbundes forderte, ein „neutrales“ Rheinland, in welchem sich dann Frankreich, wirtschaftlich bevorzugt, für etwaige Ausfälle der Reparationszahlungen schadlos halten könne, hat Kemal Pascha seine eigenen Forderungen anmelden lassen, um auch für sich eine Situation zu schaffen, die ihm von vornherein das Übergewicht auf der Friedenskonferenz sichert.

Diese Forderungen enthalten aber nicht nur die sofortige Räumung Konstantinopels, sondern noch andere, wichtige Punkte: nämlich Abtretung Smyrnas sowie der Inseln Chios und Mytilene an die Türkei, Volksabstimmung in West-Thrazien, Aufhebung der Kapitulationen, Zahlung einer Kriegsschuldigung durch Griechenland und Rückgabe von Gebieten in Mesopotamien, das England verwaltet, und von Syrien, das unter französischem Protektorat steht. Man ersieht aus diesen Forderungen, daß Kemal Pascha nicht gerade bescheiden ist und gleich aufs Ganze geht. Was er will, ist die Verwirklichung des sog. „nationalen Paktes von Angora“, d. h. eines Beschlusses, den seinerzeit die Nationalversammlung in Angora gefaßt hat, und in welchem sie ihr nationalistisches Programm niederlegte.

Daß Kemal Pascha bisher derartig fest auftreten konnte, wird, wie wir schon einmal an dieser Stelle hervorgehoben haben, nicht nur durch den Sieg über die Griechen und nicht nur durch die Nachgiebigkeit Frankreichs erklärt, sondern ebenso sehr durch die bei uns viel zu wenig beachtete Tatsache, daß Kemal Pascha schon vorher ganz bestimmte Bündnisverträge mit Sowjetrußland und mit den mohammedanischen Nachbarstaaten des Orients (Persien, Aserbaidschan, Afghanistan u. a.), abgeschlossen hat. Verstand es doch Kemal Pascha überhaupt, den Anschein zu erwecken, als ob er der angegebene Vorkämpfer der mohammedanischen Interessen in der Welt sei.

Wie aus verschiedenen Meldungen hervorgeht, hat diese Stellung Kemal Paschas aber einen Stoß erhalten. Bekanntlich hat er vor kurzem den Sultan in Konstantinopel für abgesetzt erklärt und die Türkei als Republik proklamiert. Das Sultanat, die weltliche Herrschaft des Sultans, soll also aufhören. Dagegen soll auf dem Wege der Wahl ein osmanischer Prinz des Kalifat, das oberste religiöse Amt des Islam übernehmen. Diese Aktion hat nun in den mohammedanischen Kreisen bis tief nach Indien hinein Befremden und Entrüstung hervorgerufen. Man erblickt dort in Kemal Pascha jetzt einen frevelhaften Neuerer und wird zweifellos die bisherige treue Gefolgschaft nicht mehr zu leisten gewillt sein.

Inzwischen haben neue Verhandlungen zwischen dem französischen Oberkommissar in Konstantinopel und dem Vertreter Kemal Paschas stattgefunden. Wenn man den Zeitungsnachrichten trauen darf, so hat sich dabei eine gewisse Entspannung ergeben. Der Vertreter der Regierung von Angora soll sich zu Konzessionen bereit erklärt haben, so daß alle die Forderungen Kemal Paschas, vor allem die auf Räumung Konstantinopels, einstweilen ihres ultimativen Charakters entkleidet sein dürften. Ob die Regierung von Angora dieser Politik ihres Vertreters in Konstantinopel zustimmen wird, weiß man allerdings noch nicht.

bleibt die Entente, in erster Linie England, fest, so wird Kemal Pascha wohl oder übel auf seine Handpolitik verzichten müssen, genau so, wie Frankreich von einer solchen Politik ablassen wird, wenn seine Alliierten ihm mit der gebotenen Festigkeit bedeuten, daß sie eine weitere Weiterentwicklung Frankreichs auf dem Kontinent nicht wünschen.

Vor einem Bürgerkrieg?

In der „Berliner Volkszeitung“ gibt Dr. Hermann Schützinger folgende Auslassungen über die Gefahr eines Bürgerkrieges wieder, dessen Krisiszentrum bei einer Umsturzbewegung sich gegebenenfalls in Bayern befinden würde. Wir entnehmen diesem Artikel folgende Abschnitte:

„Aus Bayern dringt wie das Heulen von Sturmfluten die Kunde vom deutschen „Dreißig-Jahre-Krieg“ und von der Kampfanzeige der Bayerischen Volkspartei an die Weimarer Verfassung. Wir fühlen das Gespenst des Bürgerkrieges über uns und wagen es nicht, den Blick zu erheben. Wenn wir aber die Augen ganz aufmachen, um dem Gespenst ins Gesicht zu schauen, dann sehen wir, daß dieser unheimliche Gast nicht über uns schwebt, sondern daß er bereits mitten unter uns steht.“

Der Bürgerkrieg braucht zu seiner Entfaltung ebenso wie der imperialistische Krieg Explosivstoff in den Massen. Er muß sich erst entwickeln an schwerer wirtschaftlicher Not, an einer Vordrängung, am Fieber der auslösenden Massenpsychologie. Zündstoff ist da in reichlicher Menge, es braucht nur aus nützigen Gründen ein lokaler Brand entstehen, um den volkstümlichen Desperados die Zündschnur zur Entladung der General-Explosion in die Hand zu drücken.

Über eines müssen wir uns klar sein: so fündig und stümpferhaft wie die Landsturmtruppe von Döberitz nach Berlin werden die Drahtzieher des drohenden Bürgerkrieges, die damals hinter dem Brandenburger Tor das Kappische Verpostengeficht, diesmal nicht verfahren. Sie haben im Krieg trotz ihres strategischen Vankersitzes doch manches Elementare gelernt, so vor allem das Eine, daß ein Teufelswerk ohne Festlegung der gesamten Front zum Scheitern verurteilt ist. Die Konzentration der rechtskonservativen Führerschaft in der bayerischen Hauptstadt kann uns ein Hinweis darauf sein, daß die Operationsbasis Berlin als zu eng und zu riskant erkannt wurde. Wenn der uns bedrohende Hungeraufland der politischen Linken zur Entzündung des Brandes durch die legalen und illegalen Landsturmformationen der monarchistischen Reaktion benötigt wird, dann wird diesmal zweifellos eine Lawine ausgelöst, die Deutschland in zwei Teile zerreißen, den monarchistischen Südböden und Nordböden und das republikanische Zentrum. In den der Reaktion zufallenden Gebieten aber wird zweifellos eine Bartholomäusnacht über die führenden Republikaner hereinbrechen, wie sie nur die große französische Revolution gekannt hat.

Was hat die Deutsche Republik bis jetzt eigentlich getan, um diese für jeden greifbare Gefahr zu bannen? Nichts, rein gar nichts!

Bei einer weit ausholenden Umsturzbewegung wird, wie erwähnt, Deutschland in ein zentrales republikanisches Kraftzentrum und in je ein Süd- und nordöstliches monarchistisches Kraftzentrum zerfallen. Die ersten Kampfhandlungen werden sich in den großen Städten abspielen und im übrigen wirtschaftlicher Art sein: der Generalstreik, die Wirtschaftsabsperzung. Der Kapp-Putsch war durch den Generalstreik leicht zu parieren; dieser war nicht genügend vorbereitet; so brach er lokal zusammen. Das süddeutsche monarchistische Aufmarschgebiet aber wird ebenso wie Ostpreußen sich dagegen zu helfen wissen. Wie lange der Spuk dauert, ist natürlich eine andere Frage. Was ist nun von unserer Seite zu tun?

Es ist möglich, daß bei ungeschicktem Arrangement der Reaktionäre die monarchistische Front durch Teile der revolutionären Reichswehr niedergeworfen wird. Wahrscheinlich ist aber, daß das ganze Volk dem Fieberdauerkampf des Bürgerkrieges erfaßt wird, daß kommunistische Teilkaktionen in den Industrie-

zentren aufklaren, daß sich republikanische Wehren da und dort bilden: das Chaos würde hierdurch sicherlich nur vermehrt.

Die Reichsregierung muß der Gefahr ins Auge schauen und rasch handeln. Wollen wir das Schicksal unseres Staates und unserer Wirtschaft lediglich dem militärischen Würfelspiel der uns durch den Friedensvertrag beschriebenen Schnapphähne und Landstürmer und den Holz-Gardisten überlassen oder wollen wir uns bereit machen, selbst das Instrument der Staatsgewalt in die Hand zu nehmen? Der Pakt von Versailles verbietet uns die Schaffung militärischer Gebilde, der § 127 des Strafgesetzbuches die Bildung „bewaffneter Haufen“. Nein! Aber eines wollen wir tun: Wir rufen uns für die Stunde der Gefahr jetzt schon organisieren!

Keiner „Festkorps“, Spielerei, keiner „Wehrkraft“-Imitation soll hier das Wort geredet werden, sondern der blutig erprobte Vorbereitungsart der deutschen Republikaner für die Stunde der Gefahr. Vielleicht sprechen wir durch unsere unbewaffneten Bataillone, wenn wir sie zu Marsch- und Absperriübungen mit Genehmigung der Lokalbehörde am Sonntag vor die Tore unserer Städte führen, die reaktionären Desperados in ihre finsternen Schlupfwinkel zurück. Vielleicht können wir so das Gespenst des Bürgerkrieges noch, das, von vielen ungegesehen, zwischen uns wandelt. Mögen die Männer, die das Steuer der deutschen Republik führen, mit allem Ernst an das Problem des Schutzes unseres aus einem Strom von Blut und Tränen erstandenen Volksstaats herangehen und handeln, ehe es zu spät ist!

Politische Neuigkeiten.

Die Reparationsfrage.

Der Reichstagsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten trat gestern vormittag, wie angekündigt, zu einer Sitzung zusammen, in der er sich mit dem Gange und dem Ergebnis der Verhandlungen zwischen Reichsregierung und Reparationskommission beschäftigte. In den Kreis seiner Erörterungen zog er auch das Ergebnis der von den internationalen Finanzfachverständigen abgegebenen Gutachten. Reichsminister Dr. Brüning legte zu Beginn der Aussprache, die einen durchaus ruhigen Verlauf nahm, die Stellung der Regierung zum Reparationsproblem und zu den geführten Verhandlungen eingehend dar. In der weiteren Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Freiherr v. Versner (D. Vp.), Graf Westarp (Dn.), Dernburg (Dem.), Hermann Müller (Soz.) und Dr. Spahn (Z.). Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Der Empfang der neuen deutschen Vorschläge ist von der Reparationskommission in einem Schreiben an den Reichsminister bekräftigt worden. Die Reparationskommission teilt zugleich mit, daß sie die vorgelegten Pläne nach ihrer Rückkehr in Paris einer Prüfung unterziehen will.

Die Unsicherheit in Bayern.

Gegen die „Tendenzmeldungen“ von angeblichen rechtsradikalen Putschgefahren in Bayern erklärt die bayr. Regierung abermals eine Erklärung. Sie meint, es müsse förmlich den Anschein erwecken, als ob gewisse Leute mit Absicht derartige Nachrichten in die Welt setzen, um Verunsicherung zu schaffen und sie fordert die Bevölkerung auf, die Verbreiter der alarmierenden Ausstreuungen der Polizei namhaft zu machen. Zur Sache selbst wird gesagt, daß nach der derzeitigen Lage keinerlei Annahme zu Befürchtungen gegeben ist. Die bayrische Regierung wird wie bisher jedem Versuch, die öffentliche Ordnung zu stören, mit allem Nachdruck entgegenzutreten, komme er, woher er wolle.

Die „Bereinigten Vaterländischen Verbände Bayerns“, unter welchem Namen die bisher in keiner oder nur in loser Verbindung miteinander stehenden rechtsradikalen Organisationen in Bayern nunmehr zusammengeschlossen sind, haben in München einen Festabend abgehalten, an dem außer dem bei solchen Gelegenheiten unvermeidlichen „republikanischen“ Regierungspräsidenten v. Kahr auch die Reichswehr-Generäle Mähl und Epp teilnahmen; außerdem waren auch zahlreiche Angehörige im Reich aufgelöster und verbotener Organisationen mit ihren Abzeichen, so Mitglieder des Freikorps Kopp, der Brigade Gschardt usw. Der Vorsitzende Prof. Bauer erklärte nach der „Münchener Post“, die Zeit für den großen Schlag sei noch nicht gekommen, und forderte die Verjammung auf, „im bisherigen Sinne weiterzuarbeiten“. Die Festrede hielt der österreichische General Krauß über die Bedeutung Deutschlands für die Zukunft des deutschen Volkes, wobei er den Geschmach besaß, die deutsche Republik und ihre Minister anzugreifen.

Wie die „Fest. Stg.“ dazu bemerkt, sind die Wärfengedächte in Frankfurt, über bereits ausgebrochene Unruhen in München ungründet. Wenn im Vorstehenden gemeldet wird, daß die Münchener Reichswehr-Generäle mit Mitgliedern rechtsradikaler und verbotener Organisationen unter dem Vorsitz eines Mannes lagen, der wenigstens für die Zukunft einen „großen Schlag“ ankündigt, so habe das deutsche Volk an den Reichswehrminister die kategorische Forderung zu stellen, in der Münchener Truppe, die dort die verfassungsmäßigen Zustände schützen soll, ungehemmt nach dem Rechte zu sehen und mit größter Energie durchzugreifen.

In den Redaktions- und Geschäftsräumen der sozialdemokratischen „Münchener Post“ in München wurde von der Polizei auf Anordnung der Staatsanwaltschaft eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Es soll sich um ein Landesverratsverfahren handeln. Die „Münchener Post“ hatte kürzlich eine Meldung

Mit einer Beilage: 1. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtages.

der 'Frankfurter Tagespost' in Nürnberg von einem Waffenfund wiedergegeben. Sollte in der Tat dies der Anlaß des Verfahrens sein, so würde das der Auffassung entsprechen, die das Volksgericht in der Urteilsbegründung im Fedenbachprozeß ausgesprochen hat, wonach Veröffentlichungen über Waffenfunde, Geheimorganisationen usw. Landesverrat darstellen, wenn sie den ausdrücklichen oder stillschweigenden Vorwurf in sich schließen, daß das Reich oder die einzelnen Länder die Verheimlichung der Waffen oder der Geheimorganisationen dulden. In diesem Fall würde sich die bayerische Justiz beilegen, die Befürchtungen für die Pressefreiheit, die nach dem Fedenbachprozeß von der deutschen Presse ausgesprochen worden sind, sehr schnell zu bestätigen. Die deutsche Presse muß eine rasche Klärung des Sachverhalts durch die zuständigen Stellen fordern.

Nationalsozialistische Wühlereien in Stuttgart.

Auch in Stuttgart nehmen, nach einer Stuttgarter Meldung der 'Frf. Ztg.', die nationalsozialistischen Wühlereien immer drohendere Formen an. So hingen in den letzten Tagen riesige Plakate an den Anschlagssäulen, auf denen ganz unerbötlich eine Abkehr von den Grundgedanken der Weimarer Verfassung und des Rechtsstaates überhaupt gefordert wurde. Es war daselbe Programm, das die Münchener Nationalsozialisten gegen die jüdischen Volksgenossen aufgestellt hatten, das sie unter Fremden, d. h. Ausnahmerecht stellen will, und in dem zu brutaler Gewalt gegen sie aufgefordert wird. Den Plakaten war noch die Ankündigung eines Extrazuges angehängt, der am 11. November nach München abgehen sollte, was allerdings nicht zur Ausführung kommt. Es zeugt von einer ungewöhnlichen Selbstzucht der Stuttgarter Arbeiterschaft, daß diese herausfordernden Ankündigungen unbeschädigt blieben.

Als Redner trat in einer nationalsozialistischen Versammlung ein Herr Effer aus München auf, dessen Rede einen in jeder Beziehung beschämenden Tiefstand aufwies, nicht nur intellektuell, sondern auch der Gesinnungstiefe nach. Es wurde das nationalsozialistische Kastanien mit dem aufgetriebenen Galgen, an dem wohl Juden baumeln müssen, mit geradezu bildhafter Anschaulichkeit vor Augen geführt, der 'gestorbene' Mathewas als Räuber bezeichnet, der, wenn man ihn noch länger hätte leben lassen, noch zu den Volkswürstern gegangen wäre. Der Wuchergeist der Juden wurde als geschichtsmäßig am Beispiel des 'ägyptischen Joseph' zu erweisen versucht. Auch ein Disziplinarredner erging sich in gemeinsten Beschimpfungen des Judentums, sogar in sexueller Hinsicht, und ein erheblicher Teil des gut geleiteten Publikums überschlug sich geradezu in Weisheitsbelegungen, während es den Disziplinarredner der Demokratischen Partei niederstieß, als er vom Gedanken des Rechtsstaates aus sich gegen solche Hebe wenden wollte.

Diese ganzen Umtriebe sind bisher in Württemberg unanstandes geblieben. Es wurde zwar einmal eine beachtliche Fahnenweihe, die von München nach Stuttgart verlegt werden sollte, verboten, weil Hitler als Redner angekündigt war, aber sonst ist nichts geschehen. Der Minister des Innern will sich nicht dem Verdacht aussetzen, als schränke er die öffentlichen Freiheiten ohne Not ein. Hoffentlich wird diese ganze Dubsamkeit sich nicht eines Tages rächen, wenn man die Feinde des Staates zu mächtig werden ließ, während man die zum neuen Staate Stehenden so enttäuscht, daß sie das Vertrauen verlieren.

Kurze polit. Nachrichten.

* **Lebensmittelunruhen.** In dem Industrieort Köln-Kollatz kam es zu großen Zusammenrottungen von Leuten, die dort liegenden Lebensmittelgeschäfte und Warenhäuser ausplündern wollten. Es ist aber im wesentlichen bei dem Vorhaben geblieben, da die Polizei durch die Vorkommnisse nicht überfordert wurde. Die Aufforderung zu 'Taten' hatte die Polizei veranlaßt, etwa 20 berittene und mehrere Polizeibeamte zu Fuß in die bedrohten Straßen zu schicken. Die Menge leistete denn auch nur ganz geringen Widerstand. Es gelang, zwei Mädelstrolche zu verhaften. Meist handelte es sich um junge Burken und Mädchen. Lediglich ein größeres Schußgeschäft in Kollatz ist ausgeplündert worden, da die Polizei von dem Vorhaben in dieser Straße nicht schnell genug unterrichtet werden konnte. Rutige Zusammenstöße haben sich hier nicht ereignet.

* **Änderung der Gebühren im Paket- u. w. Verkehr nach dem Ausland.** Der deutsche Gegenwert des Goldfranken bei der

Gebührenerhebung im Auslands-Paket-, Telegramm- und Zeitungsverkehr ist mit Wirkung vom 11. November an auf 1800 M. festgesetzt worden. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch für die Wertangabe auf Paketen und Briefen sowie auf Käfigen mit Wertangabe nach dem Ausland maßgebend. Für Ferngespräche nach dem Ausland werden ebenfalls entsprechend erhöhte Gebühren erhoben werden. Nähere Auskünfte erteilen die Postanstalten.

Badische Wochenrückblicke.

Tat folgt vielen Worten, vielen Artikeln, Versammlungen, Resolutionen. Die Bevölkerung sieht mit Genugtuung, wie in allen Städten des Reiches und der Länder sich Organisationen gebildet haben, um Hilfsaktionen zur Linderung der allgemeinen Not zu veranstalten. Diese vergangene Woche wurde im Badischen Arbeitsministerium die Deutsche Notgemeinschaft in Baden gegründet. In den elf Städten werden nunmehr unter Vorsitz der Oberbürgermeister oder Amtsvorstände (in den Amtsbezirken) Ausschüsse der Deutschen Notgemeinschaft errichtet. Alle Personen, welche aus dem Ertrag ihrer Arbeit ihren Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten können, werden die Mittel der Sammlungen zugute kommen, sowie allen nicht mehr im Erwerbsleben stehenden Personen. Man denkt auch an Errichtung von Speisehallen, an die Einrichtung sogenannter Wärmehäuser, neben der Zeichnung von Geldbeträgen, sollen auch Kleider, Lebensmittel, Wäsche und Schuhwerk gesammelt werden. Die Errichtung einer zentralen Sammel- und Ausgleichsstelle im Arbeitsministerium ist vorgesehen, um z. B. überschüssige Spenden (Naturalien) einzelner Bezirke einer planmäßigen Verwendung zuzuführen. Besonders erwähnenswert ist die Frage der Leistung einer Wohlfahrtsüberstunde von Seiten der Arbeiterschaft oder der Verzicht auf den Verdienst einer Arbeitsstunde — unter der Bedingung gleicher Leistung auf Arbeitgeberseite. In Betriebsversammlungen werden die örtlichen gewerkschaftlichen Organisationen ihre diesbezüglichen Beschlüsse fassen. Die Hilfsaktion der landwirtschaftlichen Verbände sollen in die Deutsche Notgemeinschaft organisch eingegliedert werden. Wie wir aus dem großen Aufruf in allen hiesigen Zeitungen gesehen haben, ist die Ortsgruppe Karlsruhe der Deutschen Notgemeinschaft, welche sich Montag dieser Woche gebildet hat, bereits am Hilfsdienst und kann, laut Zeitungsveröffentlichungen, bereits ansehnliche Spenden aufweisen. Die 'Deutsche Notgemeinschaft in Baden' ihrerseits hofft: "... daß es gelingen wird, mittels eines zweckmäßigen Aufbaus der Deutschen Notgemeinschaft unter der Voraussetzung weitgehender Opferbereitschaft aller erwerbstätigen Kreise auch in Baden der schlimmsten Not der Sozial- und Kleinrentner und der sonstigen Bedürftigen im bevorstehenden Winter Herr zu werden."

Die vom Statistischen Landesamt berechnete Landesindexziffer beträgt für den Monat Oktober 20080. Wenn man diese Zahl mit der vom März d. J. (1929) vergleicht, so ergibt dies eine Steigerung rund um das Siebenfache. In dieser Indexzahl ist aber die Erhöhung der Anschaffungs- u. Verbraucherpreise für Kleidung (Wäsche, Kleider, Schuhe) nicht inbegriffen, während die Brenn- und Heizstoffe sowie Wohnspreise einbezogen sind. Im September betrug die Steigerung gegenüber dem Monat August 60,4 v. H. Gegenüber dem Monat September ist die Indexziffer im Oktober um 7,7 v. H. gestiegen; eine Zunahme, wie sie bisher noch nie in einem Monat festgelegt wurde. Wenn man den Friedensstand gleich 100 setzt, so ergibt sich eine 200%ige Verteuerung. Wie bereits durch das Statistische Reichsamt bekanntgegeben wurde, ist die Reichsindexziffer für den Monat Oktober auf 19504 gestiegen. Diese Ziffer, die sich aus den Teuerungsindizes (ohne Verteuerung) für 71 deutsche sog. Gliedstaaten zusammensetzt, läßt in Baden im Vergleich zur Reichsindexziffer eine Verteuerung weit über den Reichsdurchschnitt erkennen. Nach der Reichsindexziffer, die im September 11876 betrug, hat die Verteuerung in die Statistik einbezogenen Gegenstände um 118% mal soviel wie vor dem Kriege zugenommen; im Monat Oktober ist die Verteuerung auf das 196fache angewachsen.

Bemerkenswert ist der neue Teuerungsanschlag vom 1. November. Er wird, entsprechend dem Vorgang im Reich, für die badischen Beamten vom 1. November an von 11 v. H. auf 49 v. H. erhöht.

Änderungen in der Brotversorgung während der Reise bestimmen nunmehr, daß Personen, die zum Bezug

von Brot berechtigt, d. h. versorgungsberechtigt sind, Anspruch auf einen Abmeldechein haben, bei Reisen von längerer Dauer als 4 Wochen. Da der Preisunterschied von marktfreiem und von Brot ein recht erheblicher ist, bedeutet das für weniger bemittelte Reisende eine große Erleichterung. Eine Prüfung der Abmeldungen auf Bedürftigkeit wird nicht stattfinden, nachdem durch die Reichsverordnung vom 8. September 1922 der Kreis der minderbemittelten Personen bereits gezogen ist. Bei der Rückkehr von auswärts hat sich der versorgungsberechtigte wieder anzumelden und wird auf Grund des mitgegebenen weißen Abmeldecheines wieder in die Versorgung seiner gewöhnlichen Wohngemeinde aufgenommen.

Der Karlsruher Stadtrat hat mit Zustimmung des Stadtverordnetenkollegiums beschlossen, daß die Tariffähigkeit der städtischen Straßenbahn mit Wirkung vom Sonntag den 12. November d. J. durchweg um 35 Prozent in die Höhe gesetzt werden. Die Fahrpreise bis 5 Teilstrecken kosten demnach 20 M., diejenigen über 5 Teilstrecken 30 M. Die Fahrpreise bis 2 Teilstrecken werden auf 160 M., diejenigen bis 5 Teilstrecken auf 210 M. erhöht. Die Einzelfahrt stellt sich demnach bei Fahrten mit Fahrscheinheiten bis 2 Teilstrecken auf 13 M. 33 Pf. und bis 5 Teilstrecken auf 17 M. 50 Pf. Die Beförderungsbedingungen haben eine Abänderung dahin erfahren, daß derjenige, welcher trotz Aufforderung ohne gültigen Fahrscheinheit fährt, außer dem Fahrpreis den 10fachen Betrag des niedrigen Fahrpreises zu entrichten hat. Auch die Tariffähigkeit der Karlsruher Lokalbahn werden eine entsprechende Erhöhung erfahren.

Wie wir aus Berliner Blätter erfahren, ist dort bereits ein Preis von 30 Mark für die einfache Fahrt erreicht worden. Die Berliner Verkehrsdeputation hat über die gesamte Lage der Straßenbahn mit mehr als Zweidrittelmehrheit beschlossen, den Straßenbahntarif vom 10. d. M. ab auf 30 M., bei den ehemaligen Vorortbahnen auf 25 M. zu erhöhen. Der Preis für den Umfahrscheinheit wurde wie bisher mit Rückfahrberechtigung auf 45 M., auf den ehemaligen Vorortbahnen auf 30 M. erhöht. Der Fahrpreis für die ermäßigten Fahrscheinheiten für Kinder usw. wurde auf 15 M. festgelegt. Wir sehen, daß man — wenn eben eine Erhöhung gemeldet wird — bereits andernorts eine neue aufsteht ist. Die Karlsruher Stadtverwaltung hat überdies zur Schaffung weiterer Einnahmen gegenüber der neuerlichen Erhöhung der Gehälter und Löhne, sowie der Preise für alle Betriebsmaterialien, die Gebühren im Schlacht- und Viehhof, die Wochenmarktgebühren, die Gebühren im Bestattungswesen, die Desinfektionsgebühren, sowie die Verpflegungssätze im städtischen Krankenhaus neuerdings erhöht.

Ob aber die Straßenbahnen durch fortgesetzte Steigerung der Fahrpreise ihre Kollage werden können, bleibt die offene Frage für die Zukunft. . . . ah.

Badische Übersicht.

Mißlungen Versuche zur Bildung einer Arbeitsgemeinschaft in Baden.

Zu der, durch die gesamte badische Presse gegangenen Meldung, daß der Vorhänger der demokratischen Landtagsfraktion, Abg. Dr. Glöckner an die Deutschliberale Fraktion und an den Landbund mit der Anregung herangereitet sei, eine Arbeitsgemeinschaft im Landtage zu bilden, bemerkt der 'Karlsruher Volksfreund' in Nr. 231 vom 8. November folgendes:

Die Nachricht ist bis jetzt noch nicht demontiert worden, also wird etwas Wahres an ihr sein. Wir müssen schon sagen, daß es ein merkwürdiges Dreigespann ist, das Herr Dr. Glöckner da zusammenzubringen versucht. Interessant wäre, zu erfahren, was eigentlich Herr Glöckner mit dieser Arbeitsgemeinschaft bezweckt. Hält er die Sozialdemokratie nach dem Zuwachs des Abg. Freidhof für so gefährlich, daß er, analog den Mittelparteiern im Reichstag, nun ein Gegengewicht schaffen zu müssen glaubt? Oder sind die Demokraten so schwach, daß sie Kräfte brauchen um noch stehen und weiterhumpeln zu können? Weich auch Herr Glöckner nicht, daß, wenn er sich mit dem Landbund einläßt, er auch die Deutschnationalen mit in Kauf nehmen muß? Denn Landbund und Deutschnationalen Fraktion sind doch nur zwei verschiedene Namen für die gleichen Kräfte, das eine ist eine Filiale des anderen. Würden wirklich die wirklichen und entscheidenden De-

Laßt das Buch nicht sterben!

Im Taumel der Gegenwart ist nichts beständig als der Wechsel. Die Preise jagen wie Meeresswellen im Sturm. Was gestern als Klotz anschlag galt, ist heute überholt. Die Preisliste von heute wird morgen von einem als billig belächelt, dem andern achselzuckend verändert, dem dritten mit Schmerz und Weh gelesen. Über dem Wirtschaftsleben leuchtet die Flamme der Not. Freilebend! Auch das Buch steht mitten drin im Strudel, die wirtschaftlichen Wellen fließen hinein in die geistige Arbeit. Das Buch kämpft einen harten, schweren Kampf.

Sind Bücher teuer? Niemand wird diese Frage zu bejahen wagen, wenn er Buchpreise mit Preisen anderer Produkte und Gegenstände vergleicht. Mitte September teilte der Vorstand des Buchhändler-Vereins mit, daß zu diesem Zeitpunkt etwa das Sechzigfache des Friedenspreises als Ladenpreis anzusehen sei. Selbstverständlich ist heute vier Wochen später dieser Satz um ein Nüchternes überstiegen; aber auch heute noch gilt, daß im Weltlauf der Dinge und ihrer Preise das Buch weit hinten liegt und mit seiner Zahl 60 von anderen Gegenständen mit ihren Zahlen 100, 200, ja 1000 weit weit überflügelt ist. Für ein Pfund Butter Friedenspreis gab es ein schmales Büchlein, für den gleichen Gegenstand nach dem heutigen Preise erhält man noch immer ein stattliches Buch. Das Buch kann mit einer gewissen Genugtuung seinen Lebenslauf von 1914 bis heute überblicken.

Und da! Auch das Buch hat Sorge, schwerste Sorge. All die unentbehrlichen Lebensmittel, Fett und Milch, Brot und Gemüse, Fleisch und Obst, ziehen unersorgter ihre Straße; immer auch die Preise steigen mögen, sie sind im großen und ganzen ihrer Kundschaft sicher. Auch die mit ihren Preisen unwahrscheinlich emporgeschrittenen Gebrauchsgüter, Kleidung und Feuerung, Nahrung und Seife, Stiefel und Wäsche, zwingen die Käufer zu sich herauf und hinter sich her. Selbst die rauen, überflüssigen Genussmittel fühlen sich sicher: gerade die Rot und die Enttäuschung der Zeit führen ihnen Kunden zu. Aber die geistigen Dinge: das Buch! Falsche Wirtschaftsführung bereitet zu ersten Geplänkel gerade bei geistiger Arbeit; die geistigen Schichten leiden am schwersten und müssen blutenden Herzens Buch- und Zeitschriftenkonsum einschränken; die meisten der Gutverdiener haben keine persönliche Stellung und keine Verbindung zum Buch, und das feile Schundkapital lockt Hunderttausende unseres Volkes hinweg vom geraden Weg des Buches hinüber auf die schlei-

pfade niedriger und widriger Miß- und Schundvergnügungen. Das Buch leidet Sorgen und kämpft einen schweren Kampf.

Woher kann ihm Hilfe kommen? Wir müssen einmal anerkennen, daß das Buch nicht im luftleeren Raume wohnt und lebt, es ist wie alle andern Erzeugnisse und Gegenstände von der Luft des Wirtschaftslebens umweht. Den Nachschub, den wir bei denen anlegen, müssen wir auch beim Buch verwenden. Dann aber muß mit allem Nachdruck gegen die unerbittliche Auszehrung gearbeitet werden, nach der das Buch völlig entbehrlicher Luxus und erst einmal der Bedarf an Alkohol, Zigaretten, Süßigkeiten, Kinobild zu bedenken sei. Gerade die Not und Angst der Gegenwart führe uns dorthin, wo wahrer Genuß, eble Freude und fruchtigende Erhebung zu finden ist, führe uns zu unseren Dichtern und Dichtern. Der Kauf eines Buches bringt dauernden Gewinn, materielle Genüsse verfliegen in wenigen Augenblicken. Sinnliche materielle Freude wird kleiner, je mehr Menschen sich den Genuß teilen müssen; geistige Genüsse sind unabhängig von der Zahl der Mitgenießenden. Das deutsche Volk sollte eine Woche der Werbung und des Kampfes für das Recht des Buches veranstalten! Staat und Gemeinden sollten alles tun, um die geistigen Schichten des Volkes nicht völlig verarmen und verhungern zu lassen, sollten alles tun, um durch reichliche Pflege der Schule und aller Bildungsarbeit die geistigen Kräfte im Volke zu stärken und zu stützen und die Freude am eblen Genuß, an geistiger Kost zu erhöhen, sollten alles tun, damit uns unser Buch nicht durch Bücherhände verteuert und entziffen wird, sollten alles tun, die Bildungsarbeiter — und zu ihnen gehören an erster Stelle die Lehrer — mit geistigem Werkzeug zu versehen.

Wir haben die Wahl zwischen zwei Wegen: Dort loden Raub und Gift, Niedrigkeit und Gemeinheit die müde gehesten Menschen zur Abwechslung und zu vermeintlichem Genuß, um ihnen die besten Kräfte, Arbeitsfreude und Zukunftshoffnung und Willensstärke, zu rauben; hier ruft der Weg zu Freude und Genuß und Erhebung am Geistigen. Das Buch in seiner Lebensnot mahnt uns, unsere Bildungspflicht in dieser Stunde zu tun! Das Buch darf nicht sterben!

Literarische Neuerscheinungen.

Dr. Julius Wiegand: Geschichte der deutschen Dichtung. (Geschichte der deutschen Dichtung in strenger Systematik, nach Gedanken Stoffen und Formen in fortgeschrittenen Längs- und

Querschnitten dargestellt von Dr. Julius Wiegand. Mit Bildband. 1922. Verlegt bei Hermann Schaffstein in Köln a. Rh. S. 512.)

Wiegand beginnt seine Vorrede mit dem Satz: "Wir haben noch keine Geschichte der deutschen Dichtung." Er selbst hat sie uns sicherlich nicht gegeben. Der Grundfehler seiner Darstellung ist nicht die unermessbare Lückenhaftigkeit; er liegt gerade in dem Mangel daran, was er bei allen bisherigen Werken vermied: "großzügige Zusammenfassung". Er will eine strenge Systematik geben und sein Hauptmittel ist die Notizreferenzierung. Sein Ergebnis ist eine verwirrende Menge von Einzelnotizen gebankelter, stofflicher und formeller Art, die er unter einer Unmasse von Ober- und Untertiteln paragrafisiert. Das Dichtung von Persönlichkeiten geschaffen wird, daß die geschaffenen Dichtwerke selbst Individualitäten sind, daß also der Mikrokosmos Mensch dichterische Mikrokosmos als erlebte Abbilder des Makrokosmos aus sich herausstellt, vertritt er und gibt daher statt des ewig fließenden, sich wandelnden, sich wiederholenden und stets neu erzeugenden Makrokosmos im Spiegel der Dichtungsentwicklung das nackte tote Chaos. Wiegands Buch ist die Hypertrophie moderner rationalistischer Technik. Was er will, ist so großartig im Ausmaß, daß, daran gemessen, sicherlich keine der bisherigen Literaturgeschichten beizugeben kann. Aber was er gibt, ist nur eine Vorarbeit dazu und zwar eine Vorarbeit, die bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts in ihrer Oberflächlichkeit und Flüchtigkeit erschreckend wirkt. Von da an zeigt Verfasser wenigstens eine ausgedehnte Velebenheit, die seinen Fleiß darüber anerkennen läßt. Wer mit wissenschaftlicher Arbeit vertraut ist, kennt das Zettelkastenystem. Wiegands Buch macht mir den Eindruck, als ob er einfach seine Zettelkästen in geschichtlicher Aufeinanderfolge ausgeschüttet habe. Wiegand wird wahrscheinlich die Ablehnung, die er allenthalben wohl von Fachkollegen finden wird, als neidischen Gelehrten dünkeln empfinden, der einem Schulknaben nicht gerecht werden kann. Trotzdem muß ich noch hinzufügen, daß nur ein amüslicher Kopf ein solches Angebräu veröffentlichen konnte. Ich bedauere dies umso mehr, als die große Arbeit, die in der zweiten Hälfte des Buches steht, wirklich verdient hätte, fruchtbar gemacht zu werden durch eine lesbare Darstellung. Bedauerlich ist auch, daß der Verlag die vorzügliche Ausstattung in Text, Papier und Bildbeilagen nicht einem angemesseneren Wert hat angedeihen lassen.

R. Goll.

...mokraten, von denen es immerhin noch einige in der demokratischen Fraktion gibt, dieses Bündnis mitmachen? Herr Glodner läßt sich aber auch, wenn er gläubt, die Sozialdemokratie würde es so ohne weiteres hinnehmen, daß auf der einen Seite die Demokraten als Koalitionspartei in der Regierung mit Koalitionspolitik machen, auf der anderen Seite aber die Demokraten mit Gegner der Koalitionspolitik draußen im Landtag teilnehmen und in Arbeitsgemeinschaft machen. Wir können Herrn Glodner nur kurz und bündig erklären, daß die Sozialdemokratie solch ein Spiel nicht dulden und nicht mitmachen würde. Die Demokraten mögen sich solche Arbeitsgemeinschafts-Konstruktionen aus dem Kopfe schlagen. Wenn sie Latendrang in sich fühlen: In der Regierung und in der gegenwärtigen Koalition haben sie reichlich Gelegenheit, ihren sämtlichen demokratischen Gefühlen freiesten Lauf zu lassen."

Zur Frage der Wahl des Staatspräsidenten

Schreibt der „Badische Beobachter“:

Die Wiedereröffnung des Landtags hat diesmal nicht bloß zur Wahl des neuen Staatspräsidenten aus der Zahl der bisherigen Minister, sondern auch zur Wahl eines neuen Ministers, des Ministers des Kultus und Unterrichts geführt. Staatspräsident wurde der bisherige Minister des Innern Kemmele. Wie man vernimmt, ist es Minister Kemmele nicht gerade leicht geworden, das Amt des Staatspräsidenten anzunehmen. Neben den Arbeiten seines Ministeriums scheint ihm auch eine gewisse Scheu vor den Repräsentationspflichten, die der Staatspräsident hat, die Übernahme des Vorsitzes im Ministerium etwas schwer gemacht zu haben. Minister Kemmele, der sich in seiner Tätigkeit im Ministerium des Innern als energischer und zielbewußter Mann Vertrauen auch außerhalb seiner Partei erworben hat, glaubte offenbar, daß ihm das Repräsentationsamt nicht liege. Er hat aber schließlich dem Drängen seiner Partei nachgegeben und sich zur Annahme der Wahl bereit erklärt. Wir sind der Ansicht, daß die Repräsentationspflichten schon bewältigt werden. Sein anfängliches Zögern gibt indes doch einen Fingerzeig, der Beachtung verdient. Der Herr Minister hat das richtige Gefühl dafür, daß der Staatspräsident, der das demokratische Staatsoberhaupt im Freistaat Baden repräsentiert, eine besondere Veranlagung gerade für dieses Amt mitbringen sollte. In der Tat ist der Übergang dieses Amtes Jahr für Jahr an einen andern Minister ein Vorgang, der zwar streng partiitisch gedacht ist, aber dem Gefühl nicht gerecht wird. Es kann einer der beste Ressortminister sein und doch nicht die besondere Veranlagung besitzen, die gerade für den Staatspräsidenten gefordert wird. Die mechanische Regelung, die im Jahre 1919 für die Befetzung des Staatspräsidentenpostens getroffen wurde, entspricht je länger er dauert, desto weniger dem, was weite Kreise darüber denken. Und wir glauben, daß sich eine Neuregelung dieser Frage nicht umgehen lassen wird. Das Natürlichste wäre, wenn immer die stärkste Partei in der Koalition das Amt des Ministerpräsidenten führen würde. Wir sagen das selbstverständlich nicht, weil in Baden das Zentrum diese Partei ist, sondern weil sich das an sich nahe legt, nachdem der Staatspräsident kein besonderes Amt ist, sondern nur ein Anzeichen irgend eines der bestehenden Ressortministerien. In Bayern will man bekanntlich einen besonderen Staatspräsidentenposten schaffen, der außerhalb des Ministeriums steht, wie der Reichspräsident. Das ist in Baden nicht notwendig; aber die genannte Neuregelung legt sich gerade aus dem Anlaß nahe, daß ein Minister, der nach der Ausschreibung von 1919 an der Reihe war, lieber dieses Amt nicht geführt hätte. Die Stellvertretung, die diesmal dem Finanzminister Köhler übertragen wurde, würde viel eher geeignet sein, unter sämtlichen Ministern Jahr für Jahr umzugehen.

Dem Bericht über die Wahl des Staatspräsidenten Adam Kemmele fügt die Seidenberger „Volkzeitung“ in ihrer Nr. 261 vom 8. Nov. folgende Zeilen bei:

Mit der turnusmäßig erfolgten Wahl des Ministers Adam Kemmele zum Staatspräsidenten bezugte der Landtag das starke Vertrauen, das sich der badische Innenminister in dreieinhalbjähriger verdienstvoller Verwaltungsbearbeitung um Staat und Volk erworben hat. Es ist kein löbliches Amt, das dem Innenminister übertragen wurde und Kemmele hatte Recht, wenn er in der Annahmeerklärung betonte, daß ihm damit zu seiner Tätigkeit als Innenminister noch weitere verantwortungsvolle Arbeit übertragen würde, die in der schwierigen Situation dieses harten Winters eine besonders schwere Bürde darstellt. Gerade dieses eiserne Pflichtgefühl, das Freund und Feind an Minister Kemmele anerkennen, läßt uns hoffen, daß in seinen Händen das Amt des Staatspräsidenten bestens ausgeübt ist. Zwar ist der Staatspräsident in Baden nicht etwa wie der Reichspräsident durch besondere Nachhilfe aus der Reihe der Minister emporgehoben; doch obliegt ihm neben nicht immer angenehmen Repräsentationspflichten mancherlei Verantwortung, die angeht die ohnehin nicht leichten Bürden des Innenministeriums schwer trüben. Wir hoffen jedoch, daß es dem neuen Staatspräsidenten und der Gesamtregierung der Republik Baden gelingen wird, uns über die Misere dieses furchtbaren Winters hinwegzubringen als weitere Bestätigung zum Aufbau unseres durch die Schuld des alten Systems heute am Boden liegenden, sicherlich jedoch wieder zu neuer Blüte emporschauenden Vaterlandes.

Die Badischen Landtagswahlen im Jahre 1921.

Für die bevorstehenden Gemeindevahlen kommt gerade zur rechten Zeit in der schon erschienenen Nr. 10 der „Statistischen Mitteilungen“ eine Abhandlung über die Landtagswahlen im Jahre 1921. Sie enthält einwandfreies Material über die Verteilung der einzelnen Parteien und deren Wahlerfolge. Auch manche landläufige Meinung über die Stärke der Parteien und deren Einfluß in den Gemeinden wird in ein richtiges Licht gerückt. So hat die Sozialdemokratie von den politischen Parteien das größte Verbreitungsgebiet, denn in nicht weniger als 1414 Gemeinden wurden Stimmen für die Sozialdemokratie abgegeben, die Mehrheit der Stimmen aber konnte sie nur in 23 Gemeinden des Landes erreichen. Die Zahl der Gemeinden, in denen für das Zentrum gestimmt wurde, ist um 39 kleiner als die der Gemeinden, in denen die Sozialdemokratie Stimmen erhalten hat. Das ist aber bedeutungslos angesichts der Tatsache, daß in 754 Gemeinden, also fast der Hälfte aller Gemeinden des Landes, die Mehrheit der Wähler für die Liste der Zentrumsparterie gestimmt hat. In es gibt sogar 142 Gemeinden, in denen 90 Proz. und mehr Stimmen für das Zentrum abgegeben wurden. Die Demokraten, der Landbund, die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei erhielten zwar sämtlich Stimmen in mehr als 1000 Gemeinden. Wenn aber dabei die deutschnationale Volkspartei in 18 Gemeinden, die Demokraten in 8, die liberale Volkspartei in keiner Gemeinde die Mehrheit erlangt hat, so können daraus Schlüsse auf den Bestehen dieser Parteien und Vergleiche zu den andern gezogen werden. Der Landbund allerdings konnte in 174 Gemeinden eine Mehrheit erreichen und in 25 Gemeinden 90 Prozent und mehr der Stim-

men auf sich vereinigen. Es handelt sich dabei, wie vielfach auch beim Zentrum, um ländliche Gemeinden, in denen erhebliche wirtschaftliche oder soziale Gegensätze nicht bestehen. Es sind das aber auch vielfach die konfessionell einheitlichen Gemeinden. Zwar ist eine Entzerrung der Wähler nach der Konfession aus bekannten Gründen unmöglich. Aber es lassen sich aus den Wahlergebnissen doch einigermaßen sichere Schlüsse über die Beziehungen zwischen Bekenntnis und Parteizugehörigkeit ziehen. In den rein römisch-katholischen Gemeinden konnte das Zentrum 77 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen; der Landbund erhielt 14 Prozent, die restlichen 9 verteilten sich auf die übrigen Parteien. Die überwiegend evangelischen Gemeinden dagegen weisen ein viel bunteres Bild auf. Hier erhielt der Landbund 44 Prozent aller abgegebenen Stimmen, 23 Prozent entfielen auf die deutschnationale Volkspartei und 20 Prozent auf die Mehrheitssozialdemokratie. Auch diese Gemeinden tragen vorwiegend ländlichen Charakter. Aus diesen Zahlen mag dann auch auf die Parteizugehörigkeit der evangelischen und katholischen Wähler in den gemischten Gemeinden des Landes geschlossen werden.

Das Personenschädengesetz.

P. A. Nach dem am 8. August 1922 in Kraft getretenen Personenschädengesetz vom 15. Juli 1922 erhalten Reichsangehörige, die durch den letzten Krieg innerhalb oder außerhalb des Reichsgebietes Schädigungen an Leib oder Leben erlitten haben und nicht zu dem nach dem Reichsverfassungsgesetz vom 12. Mai 1920 vorzugsberechtigten Personen gehören, mit Wirkung vom 1. April 1920 für sich und ihre Hinterbliebenen Versorgung nach Maßgabe der Vorschriften des Reichsverfassungsgesetzes und dessen Ausführungsbestimmungen, soweit die Versorgung im Personenschädengesetz nicht anderweitig geregelt ist.

Als durch den letzten Krieg verursacht gelten Schädigungen an Leib und Leben, die unmittelbar herbeigeführt sind

1. durch kriegerische Unternehmungen deutscher, verbündeter oder fremder Regierungen; oder unregelmäßiger Streit- oder Wehrkräfte;
2. durch Festhaltung, Abschiebung, Verschleppung oder sonstige Gewalttaten, durch die durch die in § 2 des Verdrängungsschädengesetzes aufgeführten Handlungen, soweit diese schädigenden Ereignisse auf Maßnahmen feindlicher Behörden oder auf die Bedrohung durch solche oder feindliche Streitkräfte oder einzelne Angehörige dieser zurückzuführen sind;
3. durch von deutschen Behörden amtlich für unmittelbare Zwecke der Kriegsführung verwendete Zivilpersonen während der Ausübung ihrer Dienste, gleichviel ob sie selbst oder Dritte den Schaden erlitten haben; gleiches gilt zugunsten der bezeichneten Zivilpersonen, sofern sie bei Ausübung ihrer Dienste von Dritten geschädigt wurden;
4. durch die in Nr. 2 bezeichneten schädigenden Ereignisse, soweit sie außerhalb des Reichsgebietes von fremden Behörden, behördenähnlichen Organisationen oder Verbänden, von geregelten oder unregelmäßigen Streitkräften oder einzelnen solchen angehörenden oder nabehelfenden Personen oder aus politischen Gründen von sonstigen Einzelpersonen im Laufe politischer, mit dem Kriege im Zusammenhang stehender Wirren veranlaßt worden sind.

Mit Genehmigung der Reichsregierung kann die Versorgung auch solchen Zivilpersonen gewährt werden, welche die Reichsangehörigkeit nicht besitzen. Der Anspruch auf Versorgung ist zur Vermeidung des Ausschlusses innerhalb von sechs Monaten bei dem zuständigen Versorgungsamt anzumelden. Die Frist beginnt mit dem Tage, an dem der Beschädigte von dem Schaden oder der Hinterbliebenen von dem Tode des Beschädigten in zuverlässiger Weise Kenntnis erlangt hat, frühestens aber mit dem Inkrafttreten des Personenschädengesetzes, d. h. am 8. August 1922. Als Anmeldung gilt ein vor dem Inkrafttreten des Personenschädengesetzes bei einer amtlichen Stelle bereits gestellter Antrag auf Gewährung von Vorentschädigung oder von Vorzuschüssen.

Erntevorschätzung der Backfrüchte in Baden Anfang Oktober 1922.

Nach den von den amtlichen Saatensstandsberichterstellern Anfang Oktober l. J. gemeldeten Ernteschätzungen betragen die Ernteerträge der Backfrüchte (Kartoffeln, Zuckerrüben u. Runkeln (Diel.) Rüben) erheblich höher als im vorigen, bekanntlich durch anhaltende Trockenheit ungünstig beeinflussten Erntejahr. Der Gesamttertrag an Kartoffeln wird auf rund 10 840 000 Doppelzentner geschätzt, d. h. 123 Doppelzentner auf den Hektar der insgesamt 88 080 Hektar umfassenen Kartoffelfläche. Vom Gesamttertrag der Kartoffelernte entfallen 1,80 Millionen Doppelzentner auf den Landeskommissarbezirk Konstanz, 2,49 Millionen Doppelzentner auf den Landeskommissarbezirk Freiburg, 2,36 Millionen Doppelzentner auf den Landeskommissarbezirk Karlsruhe und 4,19 Mill. Zent. auf den Landeskommissarbezirk Mannheim. Den höchsten Durchschnittsertrag vom Hektar erzielte der Landeskommissarbezirk Mannheim mit 144,4 Doppelzentner, es folgen Karlsruhe mit 119,2 Doppelzentner, Freiburg mit 118,3 Doppelzentner und Konstanz mit 98,8 Doppelzentner. Im Vorjahr betrug auf der fast gleichgroßen Fläche (88 456 Hektar) der Gesamttertrag nur 7 146 000 Doppelzentner oder 80,8 Doppelzentner vom Hektar, die diesjährige Kartoffelernte ist demnach hinsichtlich der Menge um 52 Prozent höher als die vorjährige.

Der Gesamttertrag an Zuckerrüben zur Zuckerrückführung wird auf 728 550 Doppelzentner geschätzt gegen 470 850 Doppelzentner im Jahre 1921. Der Durchschnittsertrag vom Hektar berechnet sich auf 296 Doppelzentner gegen 180 Doppelzentner im Vorjahr. Auch hier steht bezüglich des höchsten Durchschnittsertrags der Landeskommissarbezirk Mannheim mit 309 Doppelzentner obenan. Der Ertrag an Dickrüben (Runkelrüben, zum Futter) berechnet sich auf insgesamt 10 467 000 Doppelzentner oder auf 275 Doppelzentner vom Hektar, gegen 7 671 000 Doppelzentner bzw. 212 Doppelzentner im Jahr 1921. Die höchste Durchschnittsziffer weist der Landeskommissarbezirk Freiburg mit 320 Doppelzentner auf; es folgen Mannheim mit 307, Karlsruhe mit 228 und Konstanz mit 165 Doppelzentner. Die Anbaufläche der Futterrübenfrucht mit 38 098 Hektar ist um 1852 Hektar größer, die Zuckerrübenfrucht (2402 Hektar) um 150 Hektar kleiner als im Vorjahr.

Besserung der Zuckerrwirtschaft.

Wie die Landesabteilung Baden der Reichszentrale für Deutschnationalen, scheint sich die milchliche Lage der deutschen Zuckerrwirtschaft im vergangenen Jahr im neuen Zuckerrwirtschaftsjahr nicht zu wiederholen. Insbesondere werden die Auslagen für Auslandszucker, die in erheblichem Maße auf den Preis des deutschen Zuckers eingewirkt haben, nicht mehr nötig sein. Der Ausbau von Zuckerrüben in Deutschland hat sich soweit verbessert, daß wir wieder in der Lage sind, den Zuckerbedarf der Bevölkerung aus eigener Kraft zu decken.

Der Verein der deutschen Zuckerrindustrie hat durch eine Anfrage bei den Zuckerrfabriken festgestellt, daß sich die Zuckerrückenernte gegenüber dem Vorjahre um etwa 30 Prozent erhöht hat und daß trotz des geringen Zuckergehalts der diesjährigen Rüben eine erhebliche Steigerung der Zuckerrproduktion zu erwarten ist.

Nach den amtlichen Ausweisen sind im abgelaufenen Zuckerrwirtschaftsjahr 13 797 734 Doppelzentner Verbrauchszucker in Deutschland auf den Markt gekommen. Davon waren 1 175 432 Doppelzentner Zucker ausländischen Ursprungs. Der Verein der deutschen Zuckerrindustrien gibt die zu erwartende Ausbeute an Verbrauchszucker aus der diesjährigen Mäbenernte auf 14 020 110 Doppelzentner an. Diese Zuckermenge ist sowohl nach dem letztjährigen Zuckerverbrauch in Deutschland wie nach dem Verbrauch in der Vorkriegszeit im höchsten Maße für den deutschen Inlandsbedarf ausreichend.

Von einer Sorge also, — von der Sorge um den nötigen Zucker für den Haushalt, — wird das deutsche Volk im laufenden Zuckerrwirtschaftsjahr frei sein. Von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse für Deutschland ist, daß wir nunmehr zum erstenmale seit Kriegsbeginn wieder in die Lage versetzt sind, deutschen Zucker ins Ausland verkaufen zu können, ohne den inländischen Zuckerbedarf zu schädigen, und daß wir auf diesem Wege andere wichtige Auslandsgüter für unser Volk zu erwerben vermögen.

Die Brennstoffversorgung im Oktober.

Die Bad. Landeslohnstelle teilt mit: Die Nachfrage nach Kohlen für die Industrie blieb trotz erhöhter Preise und Frachten nach wie vor sehr lebhaft und konnte in keiner Weise befriedigt werden. Die lebenswichtigen Betriebe wie Gas- und Elektrizitätswerke wurden mengenmäßig im Rahmen des Kontingents versorgt, doch mußten sie teilweise mit Kohlen minderer Qualität vorlieb nehmen. Die Gießereien und die eisenverarbeitende Industrie litt stark unter Kohlmangel, der infolge der Ententelieferungen nicht zu beschaffen war. Die übrige Industrie, wie auch das Gewerbe, verlangte weit über die verfügbaren Mengen rheinische und mitteldeutsche Erzfetts. Die eigentliche Hausbrandversorgung war im vergangenen Monat schlecht. Auslandskohlen wurden des hohen Preises wegen fast nicht eingeführt. Durch bevorzugte Belieferung des Hausbrands unmittelbar hinter den Zwangslieferungen an die Entente und der Versorgung der Eisenbahn hofft man im laufenden Monat eine bessere Aufarbeitung der Hausbrandbezugsscheine zu erreichen.

Turnen, Sport und Spiel im badischen Vereinsleben.

Es ist eine erfreuliche Tatsache, daß die deutsche Sportbewegung in den letzten Jahren einen starken Aufschwung genommen hat; ist doch gerade der Sport für die deutsche Jugendberziehung und die Volksgesundheit von größter Bedeutung. Träger dieser sportlichen Bestrebungen sind in erster Linie die Turn- und Sportvereine, deren Zahl sich in Baden nach einer Veröffentlichung des Statistischen Landesamts in Nr. 10 der „Statistischen Mitteilungen“ im Jahre 1921 auf insgesamt 1817 bezifferte, von denen ein Drittel erst Ende 1918 ins Leben getreten ist. An erster Stelle unter den ermittelten Vereinen stehen die Turnvereine mit 707 Vereinen. Es folgt der Fußballsport mit 442, der Radfahrersport mit 396 Vereinen. Auch die übrigen Sportrichtungen erfreuen sich größter Beliebtheit. So sind der Wandersport mit 72 Vereinen, die Golf- und Tennisklubs, sowie der Wintersport mit je 17, der Ruders- und Segelsport mit 16, der Reitsport mit 6, der Fochsport mit 1 Vereinigung vertreten. Athletenvereine wurden insgesamt 93 ermittelt, Schützenvereine gibt es 14. Von größter Wichtigkeit für die sportlichen Bestrebungen ist die Spielplatzfrage, die insbesondere durch den Zentralausschuß für Volks- und Jugendspiele gefördert wird und auch in den städtischen Verwaltungen eine große Rolle spielt.

Kurze Nachrichten aus Baden.

DZ. Freiburg, 11. Nov. Der Hauptvorstand des Badischen Bauernvereins hat in seiner Tagung am 8. November eine Entschließung gefaßt, in der die Mitglieder zu möglichst reichlicher Kartoffelabgabe aufgefordert werden. Bezüglich der Milchpreisfrage sollen ständige Kommissionen gebildet werden aus Vertretern der Städte und der Milchproduzenten, die die Preisfestsetzung der Entwicklung des Geldwertes anpassen. Die Umlagemenge soll mit Rücksicht auf die schlechte Ernte in Baden herabgesetzt und landwirtschaftliche Betriebe, die durch Erfüllung der Umlage nachweislich mit Verlust arbeiten, hiervon befreit werden. Gegen das vom Ministerium des Innern erlassene Verbot der Ausfuhr von Wein nach der Schweiz legt der Badische Bauernverein Verwahrung ein, ebenso wenn er sich gegen einen vom Reichsministerium herausgegebenen Entwurf eines Viehsteuergesetzes, wonach die Gemeinde eine Abgabe für das Halten von Vieh erheben soll, ferner gegen die Einführung einer Fahrzeugsteuer in dem geplanten Umfang und die ungeheure Steigerung der Gütertarife.

DZ. Lössen, 11. Nov. Die Milchlieferung nach den Städten ist in der letzten Zeit in erschreckender Weise zurückgegangen. Ganz besonders schlecht scheint aber die hiesige Stadt geliefert zu sein, da es hier nur noch möglich ist, Kinder von 2—3 Jahren mit Milch zu versorgen. Die Milchkommission stellt sich daher gezwungen, die schärfsten Maßnahmen zu ergreifen und u. a. die Butterbereitung durch Beschlagnahme der Separatoren zu verhindern.

DZ. Überlingen, 11. Nov. Nachdem die ersten Verhandlungen zwischen den Parteien bezüglich eines Kompromisses gescheitert waren, ist nun eine Einigung dadurch zustande gekommen, daß die Demokraten und Sozialdemokraten um den zweiten Sitz im Kreis gelöst haben. Es werden demnach von den 7 Kreisabgeordneten 4 der Zentrumsparterie, 2 den Demokraten und einer der sozialistischen Partei angehören. Im Bezirksrat wird das Zentrum mit 6 Sitzen, die Demokraten und Sozialdemokraten mit je 2 Sitzen vertreten sein.

DZ. Konstanz, 11. Nov. Es ist in der letzten Zeit wiederholt darauf aufmerksam gemacht worden, daß der Schmuggel lebensnotwendiger Waren angeht, in verstärktem Maße neu auftritt. In der Schweiz erheben zahlreiche Geschäftsleute berechtigte Klagen, daß sie immer weniger beschäftigt seien, also auch da über der Warensmuggel seinen unheilvollen Einfluß aus. Um nun den Kampf gegen die unerlaubte Ausfuhr in verstärkter Weise aufnehmen zu können, haben sich die Staatsanwaltschaften von Lössen, Waldshut und Konstanz zu einem einheitlichen, planmäßigen Vorgehen entschlossen. Die Verhaftungen sollen ganz bedeutend verstärkt und zu diesem Zweck höhere Geldstrafen beantragt und in besonders schweren Fällen mit Festnahme und Gefängnisstrafen vorgegangen werden, falls nicht die Hinterlegung des mindesten Schafens Betrages des tatsächlichen Wertes der unerlaubt ausgeführten Gegenstände zur Deckung geleistet werden kann. Wird der tatsächliche Wert des Gegenstandes mit einer falschen Summe angegeben, so soll die Strafe bis zum 10fachen Betrag des eigentlichen Wertes erhöht werden. Im übrigen wird die Ware in allen Fällen für verfallen erklärt.

Aus der Landeshauptstadt.

* Der Staatspräsident, Minister Memmele schreibt uns: Aus Anlaß meiner Wahl zum Staatspräsidenten sind mir von Privatpersonen, von Berufsvereinigungen und öffentlichen Körperschaften des Landes zahlreiche Glückwünsche übermittelt worden.

* Helft den Blinden! Das beste Mittel, um über die eigenen Sorgen hinwegzukommen, die uns so schwer bedrücken, ist, an diejenigen unter unsern Mitmenschen zu denken, denen es noch schlechter geht als uns selbst.

* Die Besitzer von Obstbäumen haben ihre von Misteln ergriffenen Bäume im Laufe des Monats November d. J. zu reinigen. Die Reinigung geschieht, wenn die Misteln an der Spitze eines Astes sitzen, durch Wegschneiden der Ästchen.

* Keine Germaniamarken mehr! Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß die Briefmarken mit dem Germaniabild seit 1. November ungültig sind und auch nicht mehr umgetauscht werden können.

* Neue Honorare für Musikunterricht fehte der Reichsverband Deutscher Musiklehrer und Musiklehrer fest. Angesichts der ungeheuren Markterhöhung muß vom 1. November ab für Elementarunterricht 100-150 M. für die Stunde, für Unterricht an Fortgeschrittenen 200-300 M. für die Stunde, für Unterricht 400-600 M. gefordert werden.

Badisches Landestheater.

Am Sonntag findet eine Wiederholung der mit großem Beifall aufgenommenen Opern „Cavalleria rusticana“ und „Pagazzo“ statt. Frau Paschke-Zilken singt für die kontraktlich beurlaubte Frau Brügemann die Partie der Santuzza.

Am Sonntag, den 12. November, nachmittags 2 Uhr, findet im Landestheater an Stelle des angekündigten Schauspiels „Mit-Geidelberg“ eine Wiederholung des Schwanenles „Börsefieber“ von Max Reimann und Otto Schwarz statt.

„Die Weber“, das Schauspiel aus den vierziger Jahren von Gerhart Hauptmann, der am folgenden Tage das 60. Lebensjahr vollendet, gelangt am Dienstag den 14. November zur öffentlichen Aufführung.

Zur Feier des 60. Geburtstages Gerhart Hauptmanns findet am Sonntag den 19. November, vormittags 11 Uhr, im

Landestheater eine „Morgenfeier“ statt, für die Herr Professor Dr. Karl Holl die Festrrede übernommen hat. Ein Prolog Friedrich von Arnims, von Felix Baumbach gesprochen, leitet das Programm ein, das Rezitationen aus Dichtungen Gerhart Hauptmanns darbringt.

Im Konzerthaus wird der Schwan „Der Leuschke Lehemann“ von Franz Arnold und Ernst Bach zum sechstenmal aufgeführt.

Verschiedenes.

* Das Stadttheater Saarbrücken krönte seine Vorpielzeit im städtischen Saalbau mit einer überaus erfolgreich verlaufenen Aufführung Mozarts „Joseph und seine Brüder“.

* Ein neuer Museumsdirektor in Freiburg i. Br. Zum Direktor des Museums in Freiburg im Br. wurde als Nachfolger Max Wingenroths Dr. Werner Rood, bisher Assistent am städtischen Museum in Erfurt, berufen.

Staatsanzeiger.

Bekanntmachung.

Das Generalkonsulat des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen betr.

Den zum Generalkonsul des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen in Berlin ernannten Herrn Slava Ramanovic, zu dessen Amtsbereich auch Baden gehört, ist namens des Reichs das Exequatur erteilt worden.

Karlsruhe, den 8. November 1922.

Badisches Staatsministerium.

Ministerialabteilung für Präsidialsachen, Reichs- und auswärtige Angelegenheiten. Memmele.

Bekanntmachung.

Die Errichtung einer Apotheke in Karlsruhe-Müppurr.

Dem Apotheker Dr. Ludwig Singhof in Ludwigshafen wurde die persönliche Berechtigung zum Betrieb einer selbständigen neuerrichtenden Apotheke in Karlsruhe-Müppurr verliehen.

Karlsruhe, den 8. November 1922.

Ministerium des Innern.

Memmele. Jeller.

Die Ersatzeleistungen der Gemeinden und Grundeigentümer für die Arbeiten der Vermessungsämter betr.

Zum Vollzug der Verordnung des Arbeitsministeriums vom 12. Juli 1922, Gef. und VOB Blatt S. 486, werden nachstehende Gebührensätze mit Wirkung vom 1. November l. J. festgesetzt:

§ 1. Ersatzeleistungen der Gemeinden:

Für jede Stunde Zeitaufwand bei Zimmerarbeiten am Diensttag 220 M., im übrigen 270 M.

§ 2. Ersatzeleistungen der Grundeigentümer.

Für jede Stunde Zeitaufwand bei Zimmerarbeiten am Diensttag 270 M., im übrigen 320 M.

Karlsruhe, den 9. November 1922.

Wasser- und Straßenbaudirektion:

J. V. Meythaler. Müller.

Galerie Hirsch Waldstraße 28 Sonder-Ausstellung Prof. Dill, Prof. Schönleber, Heinz Kley, Prof. Wilh. Volz u. a.

Wir empfehlen für Winterbedarf Äpfel, gemischt, per Zentner M. 800.— Dauerbirnen z. Kochen p. Ztr. M. 1000.— Abgabe nicht unter einem Zentner. Säcke oder Körbe sind mitzubringen. 4.967 Volkswohl, Herrenstraße 29.

Dresdner Bank Eingezahltes Kapital: 550 Millionen M. Rückstellungen: 400 Millionen M. Niederlassungen in Baden: Mannheim :: Heidelberg Freiburg i. B. :: Konstanz Sorgfältige Erledigung aller bankmäßigen Geschäfte. 8.959

Sonntag, den 12. November: Landestheater. 6 1/2, b. g. 9 1/2 Uhr. 450 M. Börsenfieber. Cavalleria rusticana Der Bajazzo. Konzerthaus. 7 b. n. 9 Uhr. 180 M. Der keusche Lehemann.

Bekanntmachung. Änderung der Beamtensoldung. Entsprechend dem Vorgang im Reich wird der Teuerungszuschlag für die badischen Beamten vom 1. November an von 11 v. H. auf 49 v. H. erhöht.

Metallbetten Stahlmatr., Kinderbett, direkt an Private, Katalog 78 R frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür). Bürgerl. Rechtspflege a. Streitige Gerichtsbarkeit. § 711. Bruchsal. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Brann & Neher in Bruchsal und deren Teilhaber Friedrich Summeyer, Karl Neher und Joseph Brann

einem vorgelegten Vergleich in der Prozeßsache Winter gegen die Konkursmasse berufen. Nadschell, 9. Nov. 1922. Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts II.

Bekanntmachung. § 715. St. Blasien. Im Konkurs über den Nachlaß des verstorbenen Privatmannes Heinrich Heine in Mengen-Innen soll Schlußverteilung erfolgen. Verfügbar sind Mark 40 712.58, zu berücksichtigende Mark 6 876.30 bevorrechtigte und Mark 60 469.— nicht bevorrechtigte Forderungen.

Verfälschte Bekanntmachungen. Holzverfeinerung. Das itaalische Forstamt Freiburg verleiht am Donnerstag, den 16. November, vormittags 11 Uhr, im Gasthaus zum Rägelsee in Freiburg; aus dem Südtal — Dienstgebiete der Förster Schänble und Schlupf in Falkenstein 147 Hektar-Nadel- und Buchen- und 11 Hektar

Das Hinterlegungsverfahren betr. An Stelle der aufgehobenen Kasselle der Steuereinnahme bei dem Landgericht Karlsruhe wird im Einverständnis mit dem Justizministerium auf Grund von § 2 Absatz 1 des Gesetzes vom 7. Mai 1910, das Hinterlegungsverfahren betreffend (Gef. und Verordnungsblatt Seite 199) die auf 1. Oktober 1922 beim Amtsgericht Karlsruhe errichtete Justizkasselle als besondere Hinterlegungsstelle für die Hinterlegung von Geld und Wertpapieren bis zum Betrag von 50 000 M. bestellt. Karlsruhe, den 8. November 1922. Ministerium der Finanzen. Der Ministerialdirektor: Sammet.

Personeller Teil.

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Justizministeriums.

Planmäßig ange stellt: Aufseher Max Müller beim Landesgefängnis Freiburg, Amtsgehilfe Otto Sad beim Landgericht Freiburg. Ernann: Aufseher Anton Koch beim Landesgefängnis Mannheim zum Oberverwalter.

Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Ernann: Hauptlehrer Rudolf Strübel an der Volksschule in Waldkirch zum Rektor dafelbst.

Evang. Kirchenregierung.

Ernann: Verwaltungsinспекtor Karl Walter zum Verwaltungsoberinspektor und Kanzleihilftin Elisabeth Lautner zur Kanzleifretarin.

Arbeitsministerium.

Wasser- und Straßenbaudirektion.

Planmäßig ange stellt: die Regierungsbaumeister: August Dörfam, Alwin Goffin, beide beim Bauamt für das Müggelwerk in Forbach, Karl Ketterer, zurzeit beim Redarbauamt Heidelberg, Heinrich Lott beim Wasser- und Straßenbauamt Offenburg, Gustav Schneider beim Wasser- und Straßenbauamt Donaueschingen, Eugen Schönte beim Wasser- und Straßenbauamt Waldshut, Heinrich Better, zurzeit beim Redarbauamt Heidelberg.

Zurückgesetzt: Straßenwärter Michael Köhly in Appenweier auf Ansuchen wegen vorgerückten Alters.

Ernann: Bauobersekretäre: die Straßenmeister: Georg Fleig in Schopfheim unter Ver setzung zur Wasser- und Straßenbaudirektion, Abteilung für den Bau des Müggelwerks, Ludwig Koch in Langkirch unter Ver setzung zum Wasser- und Straßenbauamt Donaueschingen, Friedrich Schödl beim Wasser- und Straßenbauamt Mosbach.

Ver setzt: der Bauobersekretär Emil Eissighaus in Offenburg zum Kurtturbauamt Konstanz.

Ministerium der Finanzen. Zuruckgesetzt: Finanzinspektor Franz Veder bei der Landeshauptkasse in Karlsruhe.

CYKLONETTE seit über 20 Jahren bekannt als wirtschaftlichstes Kleinauto. Einfache Bedienung, sehr billiger Betrieb. Verlangen Sie bestimmt noch heute Angebot „K. Z.“ auf 2-Sitzer, 4-Sitzer oder Lieferwagen von der Cyklon-Maschinenfabrik m. b. H., Berlin W. 8. A. 582 Eine Postkarte genügt.

Waldfischerstr. 12, II. Stod, Zimmer Nr. 27, werktags von 8-12 Uhr vormittags zur Einsicht auf. Dasselbst auch Abgabe der Angebotsdrucke. Angebote sind verschlossen, postfrei mit entsprechender Aufschrift bis Mittwoch, den 22. November 1922, vorm. 10 Uhr, bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen. Freiburg, den 4. Nov. 1922. Bahnbauinspektion 2.

Minentarif der Nebenbahn Wöckmühl-Dörzbach (Jagttalbahn.) Fzo. 140. Mit Wirkung vom 1. Dezember d. J. werden die jetzt geltenden Fahrpreise des allgemeinen Verkehrs um weitere 100 v. H. erhöht. 4.972 Die Gepäckfracht beträgt ab 1. Dezember d. J. 40 Pfg. für je 100 kg und 1 km. Berlin, 9. Nov. 1922. Deutsche Eisenbahn-Betriebs-Gesellschaft Aktiengesellschaft.

Tarifserhöhung. Zum 12. November 1922 werden die Fahrpreise zwischen Karlsruhe Reichsstraße und Straßenbahn einseitig und Karlsruhe-Müppurr und Ettingen Holzhof andererseits erhöht. Nähere Auskunft erteilt die Stationen. 4.973 Karlsruhe, 10. Nov. 1922. Bad. Lokal-Eisenbahnen A. G.